

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 46.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 18. November 1910.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

## Entweder — oder!

Den Klagen der Arbeitgeber über die große Belastung der deutschen Industrie durch die sozialpolitischen Maßnahmen und die Unterbindung der Bewegungsfreiheit durch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter pflichteten in jüngster Zeit mehrere Hochschulpromovierten bei. Damit wird der Anschein erweckt, als beruhten jene Klagen auf dem Ergebnisse einer exakten Wissenschaft. In der letzten Nummer des „Holzarbeiter“ konnten wir darauf hinweisen, weshalb Vertreter der Wissenschaft in der gewerkschaftlichen Arbeit eine Unterbindung des wirtschaftlichen Fortschritts und damit eine Vermehrung des Wohlstandes der Bevölkerung überhaupt erblicken. Jenen Ausführungen kann beigelegt werden, daß vor kurzem Professor Bernhard-Berlin in der Veranlassung für staatswissenschaftliche Fortbildung ähnliche Ansichten gegen die deutsche Sozialpolitik erhob. Er wandte sich gegen weitere sozialpolitische Maßnahmen, „da der Glaube an die unbedingte Tragfähigkeit der Industrie ein bedenkllicher sei.“

Wir leben in einer Zeit, wo die Gewalten, die den einzelnen umschließen, wo die gesellschaftlichen, die sozialen Gewalten eine seltene Wucht erreicht haben. Seit vierzig Jahren ist das als eine Reaktion gegen die individualistische Stimmung herangereist. Schon aber entstehen Gefahren! Die zusammenschließenden Gewalten und sozialen Unternehmungen nehmen Luft und Licht. Noch ist ihre Kraft so groß, daß sie das moralische Gesetz diktieren, ihre Kraft reicht aus, um den einzelnen, der sich gegen sie erhebt, mit einem Mafel zu kennzeichnen. Man spricht von sozialistischen Forderungen und beugt den Rücken. Fraglich aber ist es, ob wir in dieser Haltung neuen und großen Aufgaben gewachsen sind. Gewiß, die sozialen Einrichtungen sind Rüstungen, aber Rüstungen können zu schwer werden und die Gepanzereten des Mittelalters wurden schließlich von Männern im Federwams aus dem Sattel geworfen.

Als vor 120 Jahren große Aufgaben zu leisten waren, die Einführung einer neuen Technik und neuer Betriebsformen, die Sprengung der großen Individualitäten die Fesseln, und die Länder kamen vorwärts, in denen der einzelne sich am selbständigen und kühnsten Los machte von den Fesseln der Zünfte.

Seute stehen wir wiederum vor neuen Aufgaben, denn es gilt die Frage, wie sich die starken Völker auseinanderziehen in der wirtschaftlichen Erschließung des fernsten Ostens und in der wirtschaftlichen Entwicklung der unermesslich reichen Gebiete Südamerikas. Denn wie Nordamerikas Entwicklung das Erlaunen des 19. Jahrhunderts war, so wird Ostasiens und Südamerikas Entwicklung das Erlaunen des 20. Jahrhunderts sein. Man kann das fast mit Sicherheit voraussehen, und die Industrie und das Kreditwesen der ganzen Welt richten sich auf diese Doppelentwicklung ein, die bestimmend sein wird für das Schicksal der Völker.

Für Deutschland aber sind zwei Folgen möglich: Hemmt man die deutsche Industrie und Unternehmungslust mehr und mehr durch staatssozialistische Maßnahmen und Kontrollen, so wird die nahe bevorstehende Weltentwicklung aus Deutschland Menschen und Kapital herausaugen und ausaushöhlen. Läßt man hingegen der Industrie freien Spielraum, um die Formation zu erlangen, die für große Leistungen erforderlich ist, so wird Deutschland beherrschend in die Weltentwicklung eingreifen können. Dies Entweder — Oder ist unser politisches Schicksal.

Mit dem Kern der Bernhard'schen Ausführungen kann die Arbeiterschaft, soweit sie nicht sich sozialistischen Utopien hingibt, nur einverstanden erklären. Stehen doch insbesondere auch die christlichen Gewerkschaften auf dem Standpunkte, daß der Einzelne für seine Betätigung den notwendigen Spielraum haben muß. Das gilt auch von Gewerbe, Handel und Industrie. Eine Vergesellschaftlichung aller Produktionsmittel, wie sie die Sozialdemokratie erstrebt, kann nicht das Mittel sein, daß auf allen Gebieten einen Fortschritt bringt. Privateigentum und private kapitalistische Produktionsweise sind nach den Anschauungen der christlichen Gewerkschaften die Hebel, die ein Fortschreiten unserer Kulturentwicklung ermöglichen.

Im Zeitalter der Weltwirtschaft müssen dazu die Grundlagen der privatkapitalistischen Produktion in Deutschland liegen sein, daß sie gegenüber der Industrie anderer Länder nicht benachteiligt ist. Wenn aber die deutsche Industrie unter Verhältnissen arbeiten muß, die eine Konkurrenz mit anderen Ländern nicht erlauben, dann können wir „einpacken“. Namentlich kann dann nicht mehr daran gedacht werden, daß in der Industrie beschäftigten Arbeiter zu besseren Lohn- und Lebensbedingungen kommen. Die Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie würde ihren Ruin bedeuten. Ob es nun besser für den Arbeiter ist, die schönste Sozialgesetzgebung der Welt zu besitzen, und eine Arbeit und damit kein Brot, oder aber, den staatlichen Schutz nicht in so ausgedehntem Maße und dafür Arbeit und Einkommen, das möge jeder nachdenkliche Arbeiter selbst entscheiden. Wie gesagt, kann ein Arbeiter, der die persönliche Initiative, den bestmöglichen Spielraum für die Betätigung der Industrie, das Privateigentum und die privatkapitalistische Produktionsweise, als die Hebel der wirtschaftlichen als auch des gesamten

kulturellen Fortschritts anerkennt, mit dem Kerngedanken der Bernhard'schen Ausführungen nur einverstanden sein.

Die Frage, ob die jetzt vorhandene soziale Gesetzgebung und die Kontrollen, die diese mit sich bringt, die in der Industrie vorhandene Initiative hemmt und lähmend auf unser Wirtschaftsleben einwirkt, bleibt besonders zu untersuchen. So ohne weiteres vermögen wir nicht anzunehmen, daß die deutsche Industrie, die unter (und vielleicht auch wegen) der bisherigen Sozialgesetzgebung groß und stark geworden ist, nunmehr durch dieselbe ruiniert werden kann. Da aber weite Arbeitgeberkreise und mit dieser zahlreiche Vertreter der Wissenschaft übereinstimmend eine Gefahr in weiteren sozialpolitischen Maßnahmen erblicken, werden sie nicht unthun können, geeignete Vorschläge zu machen, wie unter einer zukünftigen Ausgestaltung der Gesetzgebung Leben, Gesundheit und Persönlichkeit der Industriearbeiter möglichst geschützt werden können. Denn nach wie vor wird der Arbeiter des Schutzes bedürfen; amerikanische Verhältnisse wird ein deutscher Arbeitgeber wohl kaum als erstrebenswertes Ziel betrachten. Es soll ja in der Hauptsache auch nur die „staatssozialistische Bevormundung und Kontrolle“ sein, die die Industrie in ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe hemmt und lähmt.

In welcher Weise sich der Schutz seines Lebens und seiner Persönlichkeit vollzieht, kann zuguterletzt dem Arbeiter gleich sein; die Hauptsache ist ihm immer, daß ein wirksamer Schutz überhaupt vorhanden. Der intelligente, selbstbewußte Arbeiter wird aber gewiß den Selbstschutz, den er sich selbst, kraft seiner Verbindung mit gleichgesinnten Arbeitskameraden zu geben vermag, den staatlichen Schutz vorziehen. Die „Industrie“ kann deshalb nichts Besseres tun, als sich mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter abzufinden, die prinzipiell, die den Fortschritt lähmenden Ziele des Sozialismus ablehnt. Das bedingt allerdings ein Abgehen von der bisher meist üblichen Praxis. Bisher war der ein Feind der Arbeitgeber, der den Unternehmergewinn schmälerte. Da die christlichen Gewerkschaften es sehr gut oder besser noch als andere Arbeiterorganisationen verstanden haben, dem Arbeiter einen Anteil an dem Produktionsgewinn zu verschaffen, wurden sie verdächtigt, daß sie für die Industrie schlimmer wären als die Sozialdemokraten. Mit solchen Mätzchen sollten ernsthaftige Männer im Arbeitgeberlager dann doch nicht operieren. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Kampf um den Anteil am Produktionsgewinn zwischen Arbeiter und Arbeitgeber bleiben wird, solange die Produktionsform die privatkapitalistische ist. Das sollte man als eine Selbstverständlichkeit betrachten und als Folge dessen, dann auch die Organisation der Arbeiter anerkennen, die weitere Ziele als die Regelung dieser Frage kaum kennt.

Geschieht das aber, dann ist auch der Boden zu gemeinsamer Arbeit geebnet. Solange die Arbeitgeber die Gewerkschaften nur als Gegner der Industrie ansehen, ist es ganz erklärlich, daß die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital besonders scharf in die Erscheinung treten und vorzüglich auf beiden Seiten die trennenden Merkmale hervorgehoben werden. Erkennt man aber eine Gewerkschaft, die sich als Anhängerin der privatkapitalistischen Produktion bekennet, als einen berechtigten Faktor im Erwerbsleben an, dann ist auch die Möglichkeit gegeben, daß die Interessen, die Kapital und Arbeit gemeinsam sind, mehr in den Vordergrund treten. Anstatt Experimente mit gelben, reichstreuenden, vaterländischen und ähnlichen Ductmäuservereinen zu machen und für Ausnahmegesetze und die „guten braven Arbeiter“ von anno tubak zu schwärmen, sollten die maßgebenden Kreise der Industrie eine Verständigung mit der selbstständig gewordenen Arbeiterschaft suchen, die aus ihrer antisozialistischen Gesinnung keinen Fehl macht, die sich aber auch frei weiß von einer slavischen Gesinnung gegen ein „Verrentum“. Gegenseitige Achtung als vollberechtigte und gleichwertige Glieder in der Volkswirtschaft tut not. Und ist dieses erreicht, sind die Organisationen der Arbeiter erstarkt, dann steht auch zu hoffen, daß die Arbeiterschaft sich schon ihren Anteil am Produktionsgewinn zu sichern weiß, daß sie sich selbst schützt, wo früher der Staat schützen sollte und daß unsere Industrie vor aller Welt bestehen kann. Vom guten Willen und der Einsicht der industriellen Unternehmer wird es allein abhängig sein, wie sich die „staatssozialistische Bevormundung und Kontrolle“ der Zukunft gestaltet.

## Von der internationalen Automobilindustrie.

Selten wohl hat sich eine Industrie derartig rasch entwickelt, als die Kraftwagenindustrie. Vor ungefähr 10 Jahren erst in den Anfängen, — denn einen Kraftwagen auf der Landstraße zu sehen, war damals noch ein Ereignis — sehen wir, wie heute fast alle Kulturländer Automobile herstellen. Ungeheure Werte sind heute schon in der Automobilindustrie angelegt und täglich werden dieselben vermehrt. Nicht mög-

lich wäre diese rasche Entwicklung gewesen, wenn nicht auch andere Industriezweige erhebliche Fortschritte in der Herstellung ihrer Fabrikate gemacht hätten; so hat z. B. die vorteilhafte Vereinfachung der Räder durch Pneumatiks das Aufblühen der Automobilindustrie ungemein gefördert. Frankreich, welches von Anfang an einen bedeutenden Vorsprung in der Herstellung von Kraftwagen hatte, hat auch heute noch eine führende Stellung; trotzdem die andern Länder bedeutende Anstrengungen machen, diesen Vorsprung einzuholen. Ein ungefähres Bild über den Stand der Automobilindustrie in den einzelnen Ländern geben die herausgegebenen Statistiken über den auswärtigen Handel für die ersten sechs Monate des Jahres 1910. Danach betrug die Ein- und Ausfuhr in den einzelnen Ländern wie folgt:

Frankreich:	Einfuhr		
	in den ersten 6 Monaten 1910	1909	
aus England	1 110 000	509 000	
Deutschland	831 000	1 225 000	
Belgien	759 000	420 000	
Italien	478 000	830 000	
Schweiz	410 000	281 000	
Vereinigte Staaten	269 000	367 000	
Oesterreich	45 000	—	
Spanien	26 000	60 000	
Anderer Länder	73 000	60 000	
	4 001 000	3 752 000	
		Ausfuhr	
		in den ersten 6 Monaten 1910	1909
nach England	32 835 000	32 566 000	
Belgien	16 449 000	8 810 000	
Deutschland	6 741 000	5 222 000	
Schweiz	2 664 000	1 851 000	
Italien	2 506 000	1 733 000	
Rußland	2 303 000	2 540 000	
Spanien	1 563 000	1 710 000	
Oesterreich	795 000	544 000	
Türkei	246 000	853 000	
Argentinien	5 088 000	4 176 000	
Vereinigte Staaten	2 607 000	4 631 000	
Brasilien	815 000	576 000	
Algerien	4 000 000	3 429 000	
Anderer Länder	6 675 000	5 466 000	
	85 287 000	73 607 000	

Die französische Ausfuhr bewertete sich also in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf 85 287 000 Frs., was gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres ein Mehr von 11 680 000 Frs. ergibt. Unter den Ländern, die ihre Bezüge erhöhten, nimmt Belgien mit 16 449 000 Frs. gegen 8 810 000 Frs. die erste Stelle ein. Deutschland folgt mit 6 741 000 gegen 5 222 000 Frs., die Schweiz mit 2 664 000 gegen 1 851 000 Frs. Weniger französische Automobile als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres bezogen namentlich die Vereinigten Staaten, deren Ankäufe von 4 631 000 auf 2 607 000 Frs. zurückgingen, dann Rußland, Spanien, die Türkei und Brasilien. Die Einfuhr fremder Automobile in Frankreich weist mit 4 001 000 gegen 3 752 000 Frs. in den ersten sechs Monaten des Vorjahres eine Steigerung von 249 000 Frs. auf. Hervorragend an der Einfuhr beteiligt erscheint England mit 1 110 000 Frs. gegen nur 509 000 Frs. im Vorjahre. Deutschland vermochte nur für 831 000 Frs. Automobile in Frankreich abzusetzen, während seine Lieferungen in der gleichen Periode des Vorjahres 1 225 000 Frs. erreichten.

Belgien:	Ausfuhr	
	1910	1909
nach England	Fr. 1 364 500	Fr. 767 703
Deutschland	456 475	694 300
Australien	354 240	140 880
Argentinien	345 840	15 940
Frankreich	289 010	215 300
Holland	231 800	166 350
Portugal	192 000	112 000
Oesterreich	163 620	81 500
Spanien	108 860	22 000
Schweiz	98 500	39 700
Indien	90 300	91 280
Italien	73 400	15 000
Amerika	30 000	58 000
Verschiedene Länder	577 333	478 829
Total	Fr. 4 380 878	Fr. 2 898 782

Die Zunahme der belgischen Ausfuhr ist demnach eine ganz erhebliche. Obige Aufstellung zeigt übrigens klar und deutlich, wie gut es die Automobilfabriken des kleinen Belgiens verstanden haben, sich bedeutende Absatzgebiete zu sichern.

Frankreich:	Ausfuhr	
	1910	1909
England	Fr. 1 101 950	Fr. 1 073 609
Deutschland	152 455	33 945
Holland	103 700	122 500
Belgien	60 365	69 470
Oesterreich	9 000	—
Amerika	6 500	—
Verschiedene Länder	46 760	5 800
Total	Fr. 1 480 730	Fr. 1 305 324

Hier müssen wir hervorheben, daß Frankreich in sechs Monaten 192 Automobile im Werte von 1 101 950 Frs. nach Belgien geliefert hat gegen 13 Wagen im Werte von 103 700 Frs. vor

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

In Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 46. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. November bis 19. November fällig ist.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 10542, Heinrich Königbauer; Nr. 33138, Rudolf Püg; Nr. 4873, Hans Beer. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Die Abrechnung vom III. Quartal haben folgende Zahlstellen noch nicht eingekandt: Garmisch, Neusorg, Bruchsal, B. Baden, Donaueschingen, Heidelberg, Zweibrücken, Emmerich, Gladbeck, Hüsten und Beuthen. Von der nächsten Woche ab wird nach diesen Zahlstellen der Zeitungsverband eingestellt.

### Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

#### Der Zugang ist fernzuhalten von

Schreibern und Maschinenarbeitern: Kaiserlautern (Edel), Beisel, (Ramer) Paderborn, Gnesen (Busse), Saarlouis, Speyer, Delmenhorst (Tönjes A.-G.), Ziegenhals, Rülhausen i. S., Fürth i. B. (Hofer), Herford. (Niebaum u. Gulenberg), Dornbirn in Borsberg, Neus-Jsenburg (R. A. Wittich) Bueri. B. (Dörpinghaus) Kleinbroich (Schippers).  
Stellmachern und Wagenfahrlern: Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes A.-G.)  
Pianosortarbeitern: Coblenz (Rheinische Pianofortfabriken).

Streik in Neu-Jsenburg. In Neu-Jsenburg ist in der Möbelfabrik von R. A. Wittich Nachfolger ein Streik ausgebrochen. Die Firma hat in letzter Zeit Akkordabzüge zu machen versucht, die sich die Kollegen nicht gefallen ließen. Als dann eine Kommission vorstellig wurde, hat die Firma diese kurzerhand entlassen, worauf sämtliche 29 Schreiner ihre Kündigung einreichten. Die Firma sucht in allen Tageszeitungen 50 Schreiner auf dauernde Beschäftigung. Wir bitten unsere Kollegen, der Werbung von Arbeitswilligen durch diese Firma entgegenzutreten und den Zugang nach Neu-Jsenburg streng fernzuhalten.

Zum Kampf auf der Wagenfabrik Tönjes A. G. in Delmenhorst. Bald ist es ein halbes Jahr her, daß die Arbeiter der Wagenfabrik Tönjes A. G. in den Ausstand traten. Trotzdem bisher ein Erfolg noch nicht erlänzt wurde, wäre die Firma jedenfalls froh, wenn die eingearbeiteten Kräfte wieder kämen, denn für die Lichtigkeit ihrer Arbeitswilligen spricht nicht der Umstand, daß die Karosserien Baggonweise zurückgeschickt werden. Einen schönen Reinfall haben die „Selben“ der Firma mit ihrem früheren I. Vorsitzenden gehabt; derselbe wurde Anfang Oktober verhaftet. Er soll angeblich wegen Meinungsstreit verfolgt sein. In einer Versammlung der Selben kam dann noch zur Sprache, daß ihm Erparnisse der Arbeitswilligen im Gesamtbeitrag von circa 500 Mk. übergeben waren, welche der gute Mann auch unterschlagen hatte; auch hatte er sich schon 60 Mk. Speien anzahlen lassen, da er als Delegierter zur gelben Konferenz in Magdeburg gewählt war. Man sieht hieraus, was für Elemente unter den Selben sind. Bei der Firma Tönjes sollen der gute Mann eine große Rolle zu spielen, da er zum Hausvater in ihrem Arbeitswilligenasyl avanciert war. Da das erste Geschäftsjahr der Firma bald zu Ende ist, wird der demnächst zu veröffentlichende Geschäfts-

bericht hoffentlich zeigen, welche Erfolge das Starrköpfige Verhalten der Geschäftsleitung gezeitigt hat. Hoffentlich werden dann mit der Zeit die Direktion, sowie die Aktionäre zur Einsicht kommen. Von den Streikenden sind nur noch die notwendigsten Posten da, die übrigen sind sämtlich anderweitig in Arbeit. Bitten möchten wir, Stellenangebote nach hier strikte zurückzuweisen, und besonders auf den „Arbeitsmarkt“ aufmerksam zu sein. Solange nichts anders berichtet ist, bleibt die Sperre über den Betrieb stehen.

Zum Streik der Tischler in Paderborn bittet uns Herr Bernard Stadler mitzuteilen, daß in seinem Betrieb keinerlei Differenzen bestehen. Wie aus den bisher veröffentlichten Berichten auch hervorgeht, handelt es sich in Paderborn um einen Streik, von dem nur die Betriebe der rückständigsten Kleinmeister betroffen sind. Die Firma Stadler scheidet bei der ganzen Bewegung aus und stellt einem Arbeitsantritt bei ihr nichts im Wege. Wollten die bestreikten Meister sich den Lohnverhältnissen und der Arbeitszeit des Stadlerschen Betriebes anpassen, so würde damit der Kampf gegenstandslos.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Düren. Die Eroberung der Nachbarorte Dürens für den Verband hat unsere Zahlstelle mit in das Programm ihrer Herbst agitation aufgenommen. Der Anfang wurde in Lendersdorf und Langerwehe gemacht. Auf Sonntag den 13. November waren Versammlungen in diesen Orten angelegt, an denen von Düren die Kollegen Wolter, Briem und Leo Schnitzle teilnahmen. In den Versammlungen wurde die Notwendigkeit des Verbandes auch in den Landorten allseitig anerkannt. Zahlreiche Kollegen wurden für den Verband gewonnen. Insbesondere in Lendersdorf haben sich die Kollegen davon überzeugt, daß nur die gewerkschaftliche Organisation in der Lage ist, dem Arbeiterstande dauernd zu besseren Verhältnissen zu verhelfen. Hoffentlich gelingt es in der nächsten Zeit, auch die übrigen fernstehenden Kollegen in Lendersdorf, Langerwehe und den übrigen Vororten um die Fahne des Verbandes zu scharen. Helfe jeder Kollege an diesem Ziele mit. Nächste Versammlung in Lendersdorf ist am Sonntag den 20. November morgens um 11 Uhr.

Wachen. Einen glänzenden Sieg erfochten die christlichen Gewerkschaften bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse VI hier selbst. Während diese Kasse früher eine Hochburg der „Genossen“ war, gelang es den christlichen Arbeitern bei der vorletzten Wahl die Majorität zu erhalten. Bei der letzten Wahl wurde die gewonnene Position mit einer nur geringen Stimmenmehrheit behauptet. Die diesmalige Wahl am 9. November brachte den christl. Gewerkschaften mit 1069 gegen 751 sozialdemokratischen Stimmen den Sieg. Gegen die letzte Wahl wurden für die christliche Liste 320 Stimmen mehr abgegeben, während die sozialdemokratische Liste nur 29 Stimmen gewann. Mit dieser Wahl ist die Zahl der Wahlniederlagen der „Genossen“ in Wachen vergrößert. Die „Genossen“ haben heute hier gar nichts mehr zu verlieren, hingegen alles zu gewinnen. Wachen ist eine Hochburg der christlichen Arbeiter. Unsere Kollegen werden hoffentlich mit dieser Freude, daß dieses dauernd so bleibt.

Frankenstein (Schlesien). Am 5. November hatten wir eine Mitgliederversammlung. Bezirksleiter Kollege Riedel-München vom christlichen Malerverbande berührte auf seiner Agitationsreise durch Schlesien auch unsere Stadt. Es waren zu der Versammlung auch sämtliche Malergehilfen eingeladen, aber leider nur wenige erschienen. Kollege Riedel sprach in seinem Vortrag über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. In der nächsten Zeit müsse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an der Stärkung der christlichen Gewerkschaften gearbeitet werden. Die nächsten Jahre würden die Entscheidungskämpfe in der Arbeiterbewegung bringen. Es darf uns christlich denkenden Arbeitern nicht gleich sein, auf welche Seite der Erfolg neigt. Wir müssen eine Nachsicht werden, mit der gerechnet werden muß. Die Ausschaltung der Suche der Sozialdemokratie müssen vereitelt werden. Die christliche Arbeiterschaft muß bestimmen über die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Schneider gab bekannt, daß am Freitag eine Agitationsversammlung stattfinden wird.

Deutschland. Von den 103 700 Fracs. der deutschen Lieferungen nach Belgien entfallen allein 56 300 Fracs. auf den Monat Juli.

Österreich: Der Gesamtwert der vom Januar bis einschließlich Juni importierten Motorräder, Personenautomobile (gerlegt oder ungerlegt), Lastenautomobile und Automobilmotoren erreicht die Summe von 8 795 000 K., der Gesamtwert des Exportes für die gleiche Periode eine solche von 2 007 955 K. Die Ausfuhr bleibt also gegenüber der Einfuhr um 6 787 945 K. zurück. Was die Einfuhr betrifft, so steht die Kategorie der Personenautomobile im Gewicht von 400 bis 1800 kg mit einem Handelswert von 6 760 800 K. obenan. Die wichtigsten Einfuhrländer waren Deutschland (1909 Zenner), Frankreich (1407), Italien (700), die Schweiz (675) und Amerika (630). Von den eingeführten Motorrädern kam die Mehrzahl auf Deutschland (Handelswert insgesamt 113 750 K.). Bedeutend war auch der Import von Personenautomobilen im Gewicht von 1800 bis 3200 kg; ihr Handelswert betrug 512 940 K. Sie stammten aus Deutschland, der Schweiz, Italien und Frankreich. Auch Automobile im Stückgewicht bis zu 400 kg wurden aus Deutschland und Frankreich importiert (Handelswert insgesamt 91 260 K.). Der Wert der eingeführten Lastenautomobile beschränkt sich auf 472 050 K. Sie kamen aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Die importierten Automobilmotoren repräsentierten einen Handelswert von 705 000 K. Auch bezüglich der Ausfuhr ist in erster Linie die Kategorie der Personenautomobile im Gewicht von 400 bis 1800 kg zu nennen. Ihr Handelswert belief sich auf 1 162 350 K. Die wichtigsten Abgabengebiete waren Deutschland (406) Zenner, Rußland (182), Ägypten (70), Frankreich (66), Italien (61), England (26) und Rumänien (14). Personenautomobile im Gewicht von 1800 bis 3200 kg gingen nach Deutschland (193), Rußland (99 q), Argentinien (49 q) und Frankreich (25 q). Der Handelswert betrug insgesamt 384 300 K. Die Ausfuhr von Automobilen im Gewicht bis 400 kg (Handelswert 85 725 K.) erfolgte hauptsächlich nach Deutschland und Italien. Die Motorräder (Handelswert 87 360 K.) waren wieder anderem für Argentinien (50), für Rußland (19), Deutschland und Italien (je 9 q) bestimmt. Für 241 990 K. wurden Lastenautomobile ausgeführt, und zwar nach Deutschland, die Türkei, Bulgarien und Rußland. Die ausgeführten Automobilmotoren ergeben einen Handelswert von 46 230 K. Die Automobil-Einfuhr hat im abgelaufenen Halbjahr eine Steigerung erfahren. Für die Einfuhr ergibt sich ein Plus von 2 758 700 K. gegenüber dem Halbjahr 1909. Für die Ausfuhr hingegen ist ein Minus von 492 195 K. zu konstatieren. Am bedeutendsten ist die Zunahme des Importes bezüglich der Personenautomobile, deren Handelswert um 2 761 750 K. höher ist als im ersten Semester 1909. Dann folgen die Automobilmotoren mit einem Plus von 121 050 K. und die Motorräder mit einem solchen von 31 250 K. Nur die Einfuhr von Lastenautomobilen weist einen Rückgang gegen das Halbjahr 1909 auf, und zwar um 155 350 K. Bezüglich des Exportes ergibt sich für alle Kategorien ein Rückgang. Am ausgeprägtesten ist er in der Kategorie der Personenautomobile, nämlich Minus 313 125 K., dann folgen die Lastenautomobile mit einem Minus von 88 260 K., die Automobilmotoren mit 47 970 K. und die Motorräder mit 42 840 K. Im ersten Halbjahr 1910 erhalten wir für die Personenautomobile folgende Daten: Einfuhr 577 800 kg und 573 Stück; Ausfuhr: 135 400 kg und 105 Stück. Für die Lastenautomobile ergeben sich die nachstehenden Figuren: Einfuhr: 60 700 kg und 34 Stück; Ausfuhr: 31 500 kg und 13 Stück. Der Export von Motorrädern belief sich auf 9100 kg und 113 Stück, der Export auf 15 400 kg und 47 Stück. Nachstehend veröffentlichen wir eine tabellarische Uebersicht über Automobil-Einfuhr und Ausfuhr der ersten Semester 1910 und 1909 mit Angabe der sich dabei ergebenden Differenzen:

	A. Einfuhr:				Differenz
	Handelswert in Kronen				
	1910	1909	Januar-Juni	Januar-Juni	
Motorräder	113 750	82 500	113 750	82 500	+ 31 250
Personenautomobile	7 504 500	4 742 750	7 504 500	4 742 750	+ 2 761 750
Lastenautomobile	472 050	627 400	472 050	627 400	- 155 350
Automobilmotoren	705 600	584 550	705 600	584 550	+ 121 050
Summe	8 795 900	6 037 200	8 795 900	6 037 200	+ 2 758 700

	B. Ausfuhr:				Differenz
	Handelswert in Kronen				
	1910	1909	Januar-Juni	Januar-Juni	
Motorräder	87 360	130 200	87 360	130 200	- 42 840
Personenautomobile	1 632 370	1 945 500	1 632 370	1 945 500	- 313 125
Lastenautomobile	241 990	330 250	241 990	330 250	- 88 260
Automobilmotoren	46 230	94 200	46 230	94 200	- 47 970
Summe	2 007 955	2 500 150	2 007 955	2 500 150	- 492 195

### Rosspielige Möbel.

Der güttersegnete Maximilianer, der unter der Last seines Geldes jetzt und vergeblich darüber nachgrübelt, wie die hiesigen Bünde des Geldverlustes sich erleichtern läßt, kann in seiner Notlage manche erlösende Anregungen von seinen amerikanischen Leidensgenossen empfangen. Man weiß ja, wie diese Maximilianer über ihren Reichtum Herr werden: Hunderte und Tausende von Millionen sind in den letzten Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten für Bibliotheken, für Wohnpaläste, für Wohnanlageneinrichtungen und für Bildungsmittel für das Volk gespart worden. Aber es gibt auch amerikanische Maximilianer, denen die Belästigung phantastischer Reizen nicht genügt, um ihr Baustopfen zu erschaffen. Sie haben endlich neue Mittel und Wege gefunden, um das lästige Gold los zu werden. Commercianten und Wohnanlageneinrichtungen sind entstanden, die an Glanz, Luxus und Kostspieligkeit alle Märchenpaläste von Zauber und einer Nacht in den Elysien übertreffen.

Eine englische Wochenzeitung unternimmt einen Rundgang durch die amerikanischen Schlupfwinkel des Reichtums, stellt hierin gewissermaßen die Folgen zusammen und kommt dabei zu Ergebnissen, die man lächelnd als Uebersetzung zurückweisen möchte, wenn die erfindlichen Zahlen und Schätzungen durch die Wirklichkeit nicht bestätigt wären. Der verheiratete Mr. Parks, 3. B. hat nicht weniger als 8 Millionen Mark für die Einrichtung des Palastes ausgegeben, den er sich in der 5. Avenue in New York errichtet und für dessen Bau 12 Millionen Mark ausgegeben werden. Man fragt sich natürlich, wie es überhaupt möglich ist, solche Summen für ein Privatvergnügen auszugeben. Aber man beginnt zu begreifen, wenn man erzählt, daß allein für ein Schlafzimmer 1 200 000 Mark ausgegeben wurden. Das Bett, in dem Mr. Parks schlief, kostete genau 400 000 Mark, und

die alte Seidentapete, die die Wände des Raumes schmückte, wurde für 141 000 Mark bei einer Auktion erstanden. Für die geringsten Kleinigkeiten wird das kostbarste Material, am liebsten seltene Antiquitäten, angeschafft; erst kürzlich verkaufte Mr. Conger, der während der Boykottarbeiten in Peking amerikanischer Gesandter war, einen Teppich, für den er 360 000 Mark in China bezahlt hatte, für die Restsumme von 188 000 Mark. Wer Gelegenheit gehabt hat, einmal das Neopopulär Heim des Senators Clark zu betreten, wird diese Figuren mit Erstaunen hören. In dem Palast des Senators ist z. B. ein Raum eingerichtet, der für sich allein ein Vermögen verschlingen hat, von dessen Wänden ein europäischer Bürger recht angenehm leben konnte. Das Gemach zeigt türkischen Stil, prachtvolle Zeichnungen, berauschende Farben, aber 800 000 Mark für ein Zimmer ist immerhin ein nicht billiger Einkaufspreis. Allein die beiden Divans, die in diesem Räume stehen, haben 80 000 Mark verschlungen. Auf der Erde liegt ein Teppich, der in Perlen gefasst wurde; er ist aber und über mit blühenden roten Rubinen, Türkisen und anderen Edelsteinen bedeckt, die in phantastischen Einemwicklungen über den Erdboden zu rollen scheinen. Der Senator hat für diesen Teppich 160 000 Mark angelegt und ist sehr stolz auf den günstigen Kauf. Nicht weniger kostbar sind die Fenster, die aus Damaskener Glas gearbeitet sind; Paris 60 000 Mark. Aber Senator Clark wird in den Elysien gefeiert durch die Auswendungen, die Mr. Marchand für sein Heim gemacht hat. Da ist besonders ein Zimmer, wohl das teuerste der Erde: das Schlafzimmer. Dieser eine Raum hat alles in allem rund 4 Millionen Mark gekostet! Allein für das Bett hat 760 000 Mark angelegt worden, die übrigen Möbel kosten 1 050 000 Mark. Da steht ein Stuhl, der völlig aus Ebenholz gearbeitet ist mit vielen Einlegungen aus einem Golde. Stuhl für Stuhl ein Vermögen. Die Bekleidungsstücke hat 256 000 Mark ver-

schlungen; allein die wundervollen, nach besonderen Zeichnungen in Brüssel gewobenen Portieren und Vorhängen kosteten 64 000 Mark. Die geschmückten Türen des Zimmers mit ihren Intrusionen und den feinen Intarsien mußten mit 60 000 Mark bezahlt werden.

Wer die Einzelheiten dieses Raumes kennt, wundert sich nicht mehr über die Kapitalien, die andere Millionäre in ihr Haus gesteckt haben. Man ist schon abgestumpft, wenn man hört, daß Commodore Gerry für das märchenhafte Kreppehaus seines Heims — eine prachtvolle massive Marmortreppe mit Goldschmuck und kunstvollem Geländer — 400 000 Mark gezahlt hat, und findet es beinahe selbstverständlich, daß Cornelius Vanderbilt eine Million für seinen Ballsaal gepapert hat. Jakob Astor besitzt ein goldenes Tischservice für 240 000 Mark. Daß Pierpont Morgans Haus mit seinen unermesslichen Kunstschätzen und der einzigartigen Bibliothek den Vergleich mit den Wohnungen seiner Kollegen nicht scheuen braucht, liegt auf der Hand. Bei Morgan sehen wir einen Konsolentisch, der für sich allein 1 400 000 Mark bedeutet, einen silbernen Tafelschmuck, der 200 000 Mark einen alten Schrank, der genau 800 000 Mark gekostet hat. Wir gehen verwirrt und ermüdet an den wundervollen Gemälden, Teppichen und Bildhauerarbeiten vorüber, für die Morgan wohl mehr als 20 Millionen Mark geopfert hat, und in der Bibliothek wirft man sich auf drei Bücher ein Blick. Das eine ist der mit Gold und Juwelen geschmückte Band der „Evangelia Quator“, der 200 000 Mark wert ist; daneben liegt ein schätzbares altes Buch, eine Psalmen Sammlung, die 105 000 Mark gekostet hat, und wie im Traum hört man auf das ärmliche, kaum 18 Quarthblätter enthaltende Heft, das den Namen Milton trägt. Es ist das Manuskript des ersten Buches von Miltons „Verlorenem Paradiese“ und wurde von Morgan für 100 000 Mark erstanden.

Sterbetafel.

Prim. Holzarbeiter, gestorben zu Wöllnerkönigs-  
stein (bei Papenburg).  
Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Der Reichsbund deutscher Holzarbeiter in Oesterreich,  
wie die Öffentlichkeit erst jetzt gewahrt wird, am  
4. August d. J. in Brüx (Böhmen) seinen 5. Bundesstag  
ab. Vertreten waren fünf Ortsgruppen. Wieviel Orts-  
gruppen der Reichsbund überhaupt zählt, ist nicht in Er-  
wähnung zu bringen; ebensowenig die Mitgliederzahl. Wie's  
mit der Kasse steht, mögen Wotan und die anderen Göttern  
schon selber nachsehen. Ein Bericht in der „Deutschen  
Gewerkschaft“ (September-Scheidtag 1910) besagt diesbezüglich  
nur, daß bis Ende Juni ausgegeben wurden 1519 K 81 h,  
davon 213 K 09 h für Agitation und Verwaltung und  
1306 K, 72 h für Unterstützung. Eine wirklich nette Bilanz!  
Seit dem Monat April d. J. sollen sich 105 Holzarbeiter für  
den Reichsbund haben einsparen lassen. Müßen das aber  
Musterexemplare von echttraffigen Germanen gewesen sein!  
Um der gewerkschaftlichen Tätigkeit dieses Reichsbundes  
willen, werden sie doch kaum dort Unterschlupf gesucht und  
gefangen haben. Was uns besonders interessiert ist, daß der  
Reichsbund noch immer mit dem Gewerksverein der Holz-  
arbeiter S.-D. gute Freundschaft halten will. U. E. kann  
keine Freundschaft aber nicht von weither sein; denn beinahe  
in jedem Jahr hat der Reichsbund in seinem Organ den  
Zugang von Holzarbeitern nach Deutschland ge-  
wahrt. Diese Maßnahme wird verschulden, daß der be-  
freundete Gewerksverein der Holzarbeiter S.-D. in seinen  
Mitgliederzahlen nicht weiter kommt. Es kann aber auch  
sein, daß der österreichische Reichsbund noch viel notwendiger  
seiner nicht sehr zahlreichen Getreuen zusammenhalten, als  
wie dieses beim Gewerksverein S.-D. der Fall ist, und er  
deshalb den Zugang nach Deutschland fern hält.

**Gebote für „Mustergewerkschaftler“.** Die auch vom  
„Holzarbeiter“ wiedergegebenen Gebote für Gewerkschaftler  
wie sie nicht sein sollen, wurden von unserem Schweizer  
Bruderorgan hübsch ergänzt. In der neuen Fassung nehmen  
sie sich folgendermaßen aus:

1. Wenn du in die Versammlung gehst, dann nur zu dem Zweck,  
um den Anwesenden beizubringen, daß es ganz nutzlos ist,  
denn bei uns wird es niemals vorwärts gehen.
  2. Sei immer gegen höhere Beiträge; denn bei dir muß es  
ausgemachte Sache sein, daß man nicht die höheren Beiträge  
zum eigenen Nutzen zahlt, sondern nur, weil einige davon  
schön leben wollen.
  3. Was du im Verbandsorgan liest, in der Versammlung hörst,  
darfst du nicht glauben, aber das, was in der gegnerischen  
Zeitung steht und was die Gegner behaupten, mußst du als  
lautere Wahrheit betrachten.
  4. Bei jeder Gelegenheit mußt du schlecht vom Verbands-  
sprechern sprechen.
  5. Verlange stets vom Verbands-  
sprechern, er solle unterstützen, auch  
dann, wenn das Mitglied nicht ein Recht auf Unterstützung hat.
  6. Sobald nicht genau nach deinem Willen geschieht, dann drohe  
sofort mit dem Austritt oder die Statuten oder Beschlüsse  
nicht zu beachten.
  7. Agitiere niemals für den Verband, sondern überlasse dieses  
stets andern.
  8. Versäume nie, jedem haarklein zu erzählen, daß du mit der  
Tätigkeit des Verbandes nicht einverstanden bist. Auch mußt  
du dies stets den Gegnern gegenüber aussprechen. Du wirst  
dann sehr geachtet sein.
  9. Wenn du mit einem deiner Verbandskollegen einen Streit  
hast, dann warte bis zur nächsten Verbandsversammlung und  
dort packe damit aus.
  10. Es muß bei dir schon in Fleisch und Blut übergegangen sein,  
daß die, welche für den Verband arbeiten, dies nur aus  
Ehrgeiz tun oder um eine Anstellung zu erhalten. Du aber  
darfst nie mithelfen, denn sonst könntest du ja auch in den  
selben Verbands kommen.
- Wenn du, werter Kollege, so für den Verband arbeitest, und  
wenn sich womöglich auch alle anderen Kollegen ein Beispiel an  
dir nehmen, da müßte der Verband bereits ganz anders dastehen,  
er müßte bereits so weit sein, wo der Kaufmann sagt — bankrott!

**Arbeitgeber als Agitatoren für die Gewerkschaften.** Aus  
Worms wird berichtet, daß die dortigen Arbeitgeber des  
Salzgewerbes an ihre Gehilfen folgendes Schreiben gerichtet  
haben:

„Die Erfahrung hat gelehrt, daß nur ein einmütiges Zusammen-  
arbeiten von Meistern und Gehilfen, die naturgemäß aufeinander  
angewiesen sind, die wirksamste Durchführung unseres  
neuen Reichstarifvertrages ermöglicht und daß nur eine  
tarifliche Organisation beider Vertragsparteien eine sichere  
Garantie hierfür bietet. Die Ansichten über den Wert einer  
Organisation haben sich seit Einführung des Reichstari-  
fvertrages wesentlich geändert, und der Anschluß an eine  
solche hat sich für beide Teile als notwendig er-  
weisen. Die überwiegende Mehrzahl der hiesigen Meister ist  
bereits organisiert und wünscht nun, daß ihre Herren  
Gehilfen sich ebenfalls einer der bestehenden  
Organisationen anschließen möchten. In unserer am  
1. August l. J. stattgehabten außerordentlichen Hauptversammlung  
wurde deshalb der einstimmige Beschluß gefaßt,  
am 1. Januar 1911, von wo ab wir wiederum einen  
stetigen Lohnzuschlag pro Stunde zu zahlen haben,  
nur noch organisierte Gehilfen einzustellen. Wir  
erzählen Sie deshalb freundlichst, sich darauf vor-  
zubereiten, und geben Ihnen in nachstehendem die  
wesentlichen Absichten bekannt, um sich nach  
Belieben zwecks Auskunft über die Bedingungen  
der Aufnahme usw. mit einem oder dem anderen der  
betreffenden Herren baldmöglichst in Verbindung  
setzen zu können.“

So mehr Arbeitgeber und Arbeiter zu der Ueberzeugung  
kommen, daß zur Hebung des Gewerbes eine gemeinsame  
Angelegenheit erforderlich ist, wird die Zugehörigkeit aller zu einer  
Organisation zu einer unbedingten Notwendigkeit. Möge das  
Beispiel von Worms deshalb allen Unorganisierten eine  
Mahnung sein.

**Eine Gewerkschaft als Erbe.** Das verstorbene Mitglied  
des christlichen Tabakarbeiterverbandes Oesterreichs Walpurga  
Gud, hat ihrer Organisation ein Legat angesetzt, daß sich  
nach Abzug der Gebühren auf 180 Kronen beläuft. Von  
diesem Betrage wurde vom Verbands- ein Beitrag von  
25 Kronen zum Ankauf eines Grabsteines und zur Erhaltung  
des Grabes gewidmet. Den Restbetrag von 155 Kronen  
widmete die Verbandsleitung dem „Fonds zur Errichtung  
einer Ferienkolonie“.

**Aufgaben einer katholischen Fachabteilung.** In den  
„Schlesischen Nachrichten“ Nr. 246 findet sich eine Notiz aus  
Krausung vor, die folgendes besagt:

„In der gut besuchten Sitzung der Fachabteilung hielt  
Pfarrer Stelck einen einstuündigen Vortrag über die politische  
Lage. Zunächst wurde die liberal-sozialdemokratische Steuerhe-  
fte ins rechte Licht gestellt; sodann wurde die Borromäus-Enzyklika  
gegen den Ansturm des Evangelischen Bundes verteidigt; der  
internationale Kampf der Logen gegen die katholische Kirche  
wurde geschilbert und schließlich wurden die letzten Kaiserreden  
in ihrer hohen Bedeutung gewürdigt.“

Und Vereine, die solche Fragen behandeln, sollen für die  
katholischen Arbeiter eine Gewerkschaft ersetzen!

Soziale Rundschau.

**Soziale Wahlen.** In Nachen endete die Vertreterwahl  
zur Ortskrankenkasse VI mit einem glänzenden Siege der  
christlichen Gewerkschaften. (Siehe Bericht unter Nachen.) Ein  
ebenso glänzender Erfolg wurde in Oberhausen (Rhd.)  
errungen. Hier stieg bei den Arbeitnehmervertreterwahlen  
zur Ortskrankenkasse die Liste der christlichen Gewerkschaften  
mit 800 Stimmen über diejenigen der sozial- demokratischen  
Gewerkschaften, welche 382 Stimmen erhielten. — Bei der Gewerbe-  
gerichtswahl im Landkreis Essen erhielten die christlichen  
Gewerkschaften von 8 Bezirksstellen 6. Fast durchweg zeigte  
sich eine starke Stimmzunahme für die christlichen Gewerk-  
schaften. So gewann ihre Liste gegen die letzte Wahl in  
Werden 120, in Kettwig 55 Stimmen gegen 27 resp.  
10 der Sozialdemokraten.

**Sozialdemokratische Ideale.** Eine Frankfurter Wochen-  
schrift, brachte unlängst folgende Notiz:

„Ein Mitarbeiter dieses Blattes begab sich kürzlich, als Ar-  
beiter verkleidet, gelegentlich der Offenbacher Stadtverordneten-  
wahlen, die den Sieg der Sozialdemokratie herbeiführt hatten,  
nach Offenbach a. M. und setzte sich unter die Sozialdemokraten.  
In gehobener Siegesfreude saßen dort zahlreiche Männer und  
Frauen beisammen und jubelten über den sozialdemokratischen  
Erfolg. Eine der Frauen sagte, in dem Glauben, daß nur Ge-  
sinnungsgenossen in der Nähe saßen: „No jetzt sei mer bald so  
weit, daß mer ka Steuern mehr zu zahle have. Mer have  
jezt bald genug von unjere zusammengewählt.“ — Eine andere  
sagte mit zynischen Lächeln: „Rinner, wenn mer erst emol so  
weit sein, daß mer dem reiche Volk's Messer in de Wamm's  
stecke könne, dan hun mer gewonne.“ — Eine dritte sagte:  
„Geht ham, daß will ich gor nett. Mir genügt's, wenn ich dem  
Kommerzienrat R. seine uffgeblosene Döchter die seidene  
Fesse vom Leib erunner reise, um en uff's Maul  
hage derf, dene hochnassige-Frauzenimmer.“ — So in diesem  
Ton ging die Unterhaltung weiter. Es war eckelhaft zu hören,  
wie diese roten Genossen sich gegenseitig an Wildheit überboten.  
Ein langer hämmiger Arbeiter erklärte zur Beruhigung der Um-  
stehenden: „Rinner, daß sag ich euch, noch zwaa Wahle, un n  
mer kenne los'schlage. Awer dann sag ich euch, nig wie  
druff. Es darf ka Staa (kein Stein) uff dem annern  
bleiw.“

Die rote Presse ist sehr entrüstet, daß solch „hinverbranntes  
Zug“ des Frankfurter Blattes geglaubt wird. Es läßt sich  
aber im Ernst gar nicht bestreiten, daß sich die Herrlichkeiten  
des Zukunftsstaates in den Köpfen der meisten Genossen und  
Genossinnen so malen, wie in denen der Offenbacher.

**Monsignore Lorenz Huber †.** Am 7. November d. J.  
verstarb zu München im Alter von 49 Jahren der frühere  
Vorsitzende des Verbandes katholischer Arbeitervereine Süd-  
deutschlands und Begründer des Münchener „Arbeiter“ Monsi-  
gnore Lorenz Huber. Mit ihm ist eine Persönlichkeit dahin-  
gegangen, der die christliche Arbeiterbewegung außerordentlich  
viel verdankt. Ueber die Beziehungen des Verstorbenen zur  
christlichen Gewerkschaftsbewegung schreibt Kollege M. Gasteiger  
der „Kölnischen Volkszeitung“:

„Migr. Hubers Stellung als Vorsitzender des Verbandes  
süddeutscher katholischer Arbeitervereine brachte es mit sich,  
daß er, der praktisch denkende Arbeiterführer und -freund,  
sich schon bald intensiv mit der Frage der gewerkschaft-  
lichen Organisation befaßte. Auf einer Konferenz der  
Präsidenten katholischer Arbeitervereine Deutschlands im Jahre  
1892 zu Mainz legten die Präsidenten der katholischen Arbeiter-  
vereine Münchens den Entwurf eines katholisch-sozialen Pro-  
gramms vor, das die Organisation der Arbeiter in Gewerk-  
schaften empfahl. Und zwar waren diese Gewerkschaften  
schon als von den Arbeitervereinen unabhängig gedacht.  
Von anderer Seite wurde die Forderung nach Fachabtei-  
lungen in den katholischen Arbeitervereinen als Uebergangs-  
stadium geltend gemacht. Präses Huber sprach in Mainz  
zu beiden Anträgen und machte, wie es im Protokoll heißt,  
„beachtenswerte statistische Angaben über die  
Gewerkschaftsbewegung und den voraussichtlichen  
Erfolg katholischer Gewerkschaften“, die ihm wenig  
verheißungsvoll für das praktische Leben dünkten.  
Dennoch versuchte es Huber nach dem Delegiertentag  
seines Verbandes, auf dem er selbst das Referat über die  
Gewerkschaften hielt und im Anschlusse an die Mainzer Be-  
schlüsse im November 1892 in München mit der Gründung  
von Fachabteilungen für Holzarbeiter, Metallarbeiter  
und Bauhandwerker. Die Erfolge waren, die Tatsache der  
ersten Anregung zu gewerkschaftlicher Arbeit auf christlicher  
Seite abgerechnet, freilich recht gering. Präses Huber war  
im Anfang gezwungen, selbst über die Lohn- und Arbeits-  
verhältnisse in den einzelnen Gruppenversammlungen zu  
sprechen, da in der ersten Zeit Arbeiter kaum als Vor-  
sitzende, denn als Versammlungsredner zu erhalten waren.

Der selbstlose Briefsteller und seine Freunde aber gaben die  
Hoffnung nicht auf. Auf Hubers und einiger Arbeiter An-  
raten wurde am 16. November 1895 der interkonfession-  
nelle Verein Arbeiterschutz auf breiterer, von den  
katholischen Arbeitervereinen unabhängiger Grundlage ins  
Leben gerufen. Von hier aus breitete sich die Bewegung,  
an deren Spitze bald tüchtige Laien getreten waren, immer  
weiter aus. Monsignore Huber hatte die Genugtuung, diese  
Bewegung, der er stets noch ein aufrichtiger Freund geblieben  
war, wachsen zu sehen als ein Stück auch seiner Hände  
Arbeit.“

**Sozialdemokratie und Wissenschaft.** Der „Partei der  
Wissenschaft“, wie die Sozialdemokratie sich mit der ihr eigenen  
begonnenen Unschicklichkeit stolz nennt, sagt in der Nummer  
19/2 der „sozialistischen Monatshefte“ „Genosse“ Gerhard  
Zildbrand einige recht bittere Wahrheiten ins Gesicht, indem  
er hier (S. 1240/41) ausführt:

Es ist traurig zu beobachten, mit welcher erstaunlichen  
Selbstverständlichkeit von vielen agitatorisch tätigen Ge-  
nossen die plattesten Formeln über den angeblich natur-  
notwendigen Gang der gesellschaftlichen Entwicklung immer und  
immer wiederholt werden, obgleich sich immer mehr Tat-  
sachen anhäufen, die nach dieser Richtung hin die größte  
Vorsicht zur Regel machen sollten. Die gesamte Agrar-  
entwicklung und ein beträchtlicher Teil der Kleingewerb-  
lichen und Kleinindustriellen Entwicklung läuft  
der Theorie von der Konzentration der Betriebe  
und der Proletarisierung der Mittelschichten  
schon stracks zuwider, ohne daß die Partei oder ein sehr  
erheblicher Teil der agitatorisch tätigen Parteigenossen die ent-  
sprechenden Konsequenzen daraus gezogen hätten. Es kommt kein  
Agrarprogramm zustande, es wird keine Kooperation mit  
den Bauern angebahnt, für die Entwicklung der Kolonien, die  
uns immerhin nicht unerhebliche Teile der Rohstoffver-  
sorgung sichern können, wird nichts getan, und die Partei, die  
sich einerseits rein proletarischen Charakter erhalten will, rechnet  
andererseits mit den Fehlern der Mehrheitsparteien und der Reichs-  
regierung, die ihr den alten wie den neuen Mittelstand in die  
Arme treiben sollen.

Um so notwendiger ist es, auf die innere Unhaltbarkeit  
und Verlogenheit des sozialdemokratischen Parteiprogramms  
immer wieder hinzuweisen. Und daß die Sozialdemokratie  
nicht den Mut besitzt, ihr Programm mit den tatsächlichen  
Verhältnissen in Einklang zu bringen, das ist für ihre Wahr-  
heitsliebe und Ehrlichkeit mehr wie bezeichnend!

**Der Weg zur Unsterblichkeit.** Der sozialdemokratische  
Vertreter von Rumburg-Georgswalde (Oesterreich), Joseph  
Hannich, hat „Lebenserinnerungen“ geschrieben, die im Wiener  
(sozialdemokratischen) Zentralorgan äußerst belobigend besprochen  
werden. Besonders rühmt das Organ an den Hannichschen  
Erinnerungen die ausführlichen Schilderungen der Personen,  
die an dem Aufschwunge der sozialdemokratischen Bewegung  
hervorragend mitgewirkt und die „enthusiastische Kleinarbeit“  
geleistet haben. Als einen solchen Mustersozialdemokraten  
führt das sozialdemokratische Organ einen gewissen Franz  
Kasper aus Rosenthal, einen der „ältesten Freunde Hannichs“  
an, dessen Testament im Buche Hannichs veröffentlicht und  
vom sozialdemokratischen Organe als der Aufbewahrung  
würdiges Dokument abgedruckt wird. Dieses Testament, das  
sowohl dem Genossen Hannich als auch seinem Lobredner  
in der Arbeiter-Zeitung gar so ausnehmend gefallen hat, ist  
denn auch tatsächlich ein Dokument sozialdemokratischer Ge-  
sinnung. Es hat folgenden Wortlaut:

„Testament.  
Mein letzter Wille ist das ich mein Vermögen der sozial-  
demokratischen Partei in Reichenberg und Umgegend von Reichen-  
berg die Zinsen von dem Kapital nach Eigen ermäßen  
verwendet werden.  
Zum Vollsträcker nene ich dem Reichstag Abgeordneten Josef  
Hannich Reichstag Abgeordneten Wilhelm Kiejewer bei der  
Reichenberger Krankenkasse Josef Ulrich.  
Mein Bekräftigung einfach 16 Träger von der Nothen Partei  
keinen Pfafen die Träger erhalten Jeder 1 Gulden und Essen  
und trinken, rechtet das Begräbnis möglich gegen Abend  
die Bücher bekommt der  
Lebverein in Rosenthal 1 Teil  
Rosenthal am 1. Januar 1906. Franz Kasper m. p.  
Kundgemacht beim k. k. Bezirksgericht in Reichenberg, Abthg. II  
am 31. August 1906.“

Um den Genossen alle Zweifel zu benehmen, fügt das  
sozialdemokratische Zentralorgan hinzu, daß dieses Testament  
„natürlich vom Gericht anerkannt wurde“, und um die Ge-  
nossen anzufeuern, sich im Testamente der gleichen Nachruhm  
zu sichern, wie er nun dem Franz Kasper durch die Ver-  
ewigung in Hannichs Buch und im Hauptorgan der Partei  
zuteil wurde, wird noch bemerkt: „Als Dokument jener Hin-  
gebung, der die Bewegung alles, der eingekerkert nichts war, ist  
es wert, aufbewahrt zu werden.“ Freilich, die „Hingebungs-“  
sichert die Unsterblichkeit: „keinen Pfafen“ beim „Bekräftigung“,  
dafür das ganze Vermögen der sozialdemokratischen Partei  
und die Zinsen vom Kapital den Obergenossen zur „Ver-  
wendung nach Eigen ermäßen“.

Der 6. Deutsche Arbeitsnachweis-Kongress fand am 27.  
und 28. Oktober in Breslau statt. In der Eröffnungs-  
ansprache betonte der Vorsitzende Dr. Rich. Freund (Berlin),  
das Einzige, was der Verband anstrebe, sei die Förderung  
des paritätischen Prinzips bei der Organisation der Arbeits-  
nachweise. Es referierte Dr. Kessler (Berlin) über die ein-  
seitigen Arbeitsnachweise der Arbeitnehmer und der Arbeit-  
geber. Regierungsrat und Beigeordneter Dr. Dominikus  
(Straßburg) besprach als Korreferent den Arbeitsnachweis des  
Fechenverbandes im Ruhrrevier. Derselbe Referent behandelte  
auch die Entwicklung des Arbeitsnachweises im Auslande.  
Ueber Lehrlingsvermittlung referierte Landesrat Hansen (Kiel)  
und Dr. Altenrat von der Zentralfelle für Volkswohlfahrt in  
Berlin. Fr. Klausner (Berlin) verbreitete sich über den  
Arbeitsnachweis und die Frauen. Landrichter Dr. Raumann  
(Hamburg) referierte über den Stand der landwirtschaftlichen  
Arbeitsvermittlung. Zum Schluß beschäftigte sich der Kongress  
mit dem Thema: Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Be-  
schlüsse wurden auf der Tagung nicht gefaßt.

### Soziale Rechtsprechung.

Die gewerblichen Streitigkeiten, die am Gewerbegericht ausgetragen werden, zeigen sehr oft die Unkenntnis der Parteien gegenüber der geltenden Rechtsprechung. Zur Vermeidung sehr oft wiederkehrender falscher Anschauungen führt das Gewerbegericht Berlin deshalb in einem von ihm erstatteten Berichte folgendes aus:

1. Zunächst wiederholen wir die schon oft erlassene Mahnung: zur Vermeidung der Erhebung von Schadensansprüchen bei Verwahrung und Rückgabe der für den Arbeiter so wichtigen Papiere — Zeugnisse, Invalidenkarte, Krankenkassenbuch, Legitimationspapiere — mehr Sorgfalt zu verwenden. Die große Zahl von Prozessen, die dieserhalb — wenn auch öfters unberechtigt — angehängt werden, läßt erkennen, wie sorglos und nachlässig bei Lösung von Arbeitsverhältnissen mit ordnungsmäßiger Ausfüllung und Ausständigung dieser Arbeitspapiere verfahren wird.

2. Die Klagen gegen Kautionschwindler beschäftigen weiter die Gerichte. Die Vertrauenslosigkeit Arbeitstuchender gerade hierin ist oft kaum glaublich. Unbekannten, vor denen vielleicht schon die Zeitungen gewarnt haben, werden öfters ganze Vermögen anvertraut. Nur selten ist es dem Geprüften möglich, wieder zu seinem Gelde zu kommen; und nur dann vielleicht ist dies der Fall, wenn der Schwindler neue Opfer gefunden, mit deren Kautionen er dann den „Dränger“ betriedigt. Zuweilen sind es ganz junge Menschen, welche mit den Kautionen ihr Geschäft begründen wollen. Bei den mündlichen Verhandlungen sprechen sie nur von „Kautionen“, wird aber hierüber eine Duitung erteilt, so wird betrügerischerweise die gegebene Summe nicht als „Kaution“, sondern als „Einlage“ bezeichnet. Es wäre zu wünschen, daß an Unbekannte niemals bares Geld, sondern nur geperrte Sparkassenscheine gegeben würden.

3. Die Fälle, in denen die klägerische Partei der irrigen Ansicht ist, daß sie ihres Anspruchs verlustig wird, sobald sie Teilzahlungen annimmt, häufen sich.

4. Die Grenzen der Zuständigkeit des Gewerbegerichts sind noch vielfach unbekannt, insonderheit laufen immer noch zahlreiche Klageschriften von Gefinde, Stützen der Hausfrau, Erzieherinnen, Kinderfräulein und dergleichen ein. Natürlich muß jedesmal wegen Unzuständigkeit Terminsunterbrechung angefordert werden, da solche Klagen vor die ordentlichen Gerichte gehören.

5. Daß auch mündliche Abreden, insbesondere Kündigungsabreden, Gültigkeit haben, ist noch nicht hinreichend bekannt, ebenso nicht die völlige Unabhängigkeit der Vorschrift des § 122 der Gewerbeordnung (wenn nicht ein anderes verabredet ist, besteht vierzehntägige gegenseitige Kündigung) vom Lohnausehenden Zeitabschnitt (Stundenlohn, Tagelohn). Kündigungsursachen also damit etwa zu begründen, daß einfach auf die Vereinbarung von Stundenlohn hingewiesen wird, geht nicht. Beides hat miteinander nichts zu tun.

6. Es besteht die irige Auffassung, der Chef müsse das Krankenkassenbuch beschaffen bzw. herausgeben, wenn es auch noch bei der Kasse ist. Darüber, daß dort die Bücher oft aufstehend lange liegen bleiben, wird häufig Klage geführt.

7. Oft wird die falsche Auffassung geltend gemacht, daß das Verbot der Aufrechnung ungefähr dieselbe Wirkung habe, wie die Befreiung von der — nicht kompensablen — Schuld. Wirklich wird dies in der Regel der Fall sein, aber die Arbeitnehmer denken oft, sie brauchen für die fragliche Schuld überhaupt nicht mehr aufzukommen.

8. Die falsche Ansicht ist verbreitet, formelle Entschuldigung entbehrende Hinreichend ein an sich unentschuldigbares Wegbleiben von der Arbeit. Der Einwand „ich habe mich ja entschuldigt“ wird oft geführt.

9. Der Ausspruch „beschwören können“ sei „beweisen“, wird immer wieder von neuem begegnet.

10. Die Bezahlung der „Feiertage“ wird noch immer mit dem einfachen Hinweis verweigert, daß der Arbeitnehmer in Wochenlohn lebe. Eine gesetzliche Begründung ist dies selbstverständlich nicht. Im Gegenteil ergibt sich aus dem § 105c der Reichsgewerbeordnung in Verbindung mit § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuches, daß für Feiertage, an denen die Arbeit gesetzlich verboten ist, auch kein Lohn verlangt werden kann. Eine Ausnahme greift nur Platz, wenn der Lohn des Charakters eines festen Bezuges hat, was gerade bei Wochenlohn fast niemals zutrifft, da meistens eine bestimmte tägliche Arbeitszeit vorgezeichnet ist und bewandt Nebenstunden besonders bezahlt werden müssen.

11. In solchen Fällen ist der Wochenlohn weiter nichts als ein Stundenlohn, der nur einmal am Wochenlohn gezahlt wird. Der Stundenlohn hat aber charakteristisch niemals den Charakter eines festen Bezuges.

12. Sehr häufig wird von den Arbeitgebern übersehen, daß der Prozeß oder Terminsverschleppung nicht jährlich sein muß, und daß dieser mit dem mißbräuchlichen Verweigerer gar nicht verhandelt werden kann.

13. Ueber die Rechtswirklichkeit der Bestimmungen der Arbeitsordnung herrscht noch immer Unklarheit; es wird übrigens häufig von den Arbeitgebern übersehen, daß ein besonderer Hinweis auf die Arbeitsordnung zur rechtlichen Wirkung berufen, namentlich der in ihr enthaltenen Kündigungsbestimmungen, nicht notwendig ist. Der Hinweis hingegen ist nicht, aber auch genügt. Für die Rechtswirklichkeit ist weder der Hinweis noch die Anschuldigung erforderlich.

14. Das Kolonnenverfahren wird immer noch genutzbraucht. Eine gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages ist dringend nötig.

### Aus dem gewerblichen Leben.

**Sinkende Holzpreise.** Bei der am 28. Oktober erfolgten Verbindung von Huholzern für die königliche Eisenbahndirektion Berlin haben die Preise, zu denen angeboten wurde, allgemeine Enttäuschung und Mißbehagen in den Kreisen des Holzhandels erregt. Statt der erwarteten Preiserhöhung ist bei einzelnen Losen im Vergleich zu den vorjährigen Preisen ein Rückgang um 1 bis 2 Mk. für den Kubikmeter eingetreten. Bei Tannenholz, das sehr stark aus den „Nonnenholz“ liefernden Gebieten angeboten war, ist der Preisrückgang noch erheblicher. Ein großer Teil der Lieferungen wird der Schneidemühlensfirma Karl Schmidt in Splitt bei Tilsit, welche bei einer großen Anzahl von Losen die niedrigsten Forderungen stellte, zufallen.

**Bayerns Wasserkräfte.** Nach einer Denkschrift der bayerischen Staatsregierung sind in Bayern Wasserkräfte ausnützbare südlich der Donau (im Durchschnitt) 567 500 Pferdestärken, nördlich der Donau 20 300 Pferdestärken; insgesamt demnach 587 800 Pferdestärken. Bei einer gesteigerten Ausnützung der Wasserkräfte dürften jedoch rund dreiviertel Millionen Pferdestärken erzielt werden. Hunderttausend Pferdestärken beabsichtigt der Staat zum Zweck des elektrischen Betriebes der Staatsbahnen auszubauen. Es sind darüber im ganzen 66 Projekte ausgearbeitet. Das interessanteste Projekt ist das Walchenseeprojekt. Der vom Walchensee nur zwei Kilometer entfernte Kochelsee liegt 200 Meter tiefer als ersterer. Es war Major a. D. v. Donat, der zuerst auf diese günstige Gefällslufe hinwies, damals aber die auszunützbaren Kräfte sehr überschätzte, da er eine durchschnittliche Energieerzeugung von 100 000 Pferdestärken herausrechnete. Der Staat berechnet die höchstmögliche, aber für das ganze Jahr gleichmäßige Ausnützung auf 56 000 Pferdestärken, von denen vorerst nur 23 000 Pferdestärken ausgenutzt werden sollen. Um die auszunützbaren Wasserkräfte des Walchensees allein, die 5000 Pferdestärken betragen, zu steigern, wird durch einen Stollen ein Teil der Wassermassen der Isar und des Rißbaches in den See eingeleitet und dort aufgestaut, um in den wasserarmen Wintermonaten durch allmähliches Absinken des Seespiegels um etwa 12 Meter die Kraft gleichmäßig halten zu können. Das Walchenseeprojekt dient in erster Linie zur Elektrifizierung der Staatsbahnen südlich von München. Die Baukosten sind noch nicht festgestellt; die einzelnen im Wettbewerb eingelangten Entwürfe stellen Berechnungen auf, die zwischen 21 000 000 und 31 000 000 Mk. schwanken; sie sind für 50 000 Pferdestärken berechnet.

**Die Gebrüder Zimmermann A. G., Pianofortefabrik in Leipzig-Röfken,** verteilt für das Geschäftsjahr 1909/1910 eine Dividende von 15%. Das Unternehmen soll auch 3. B. gut beschäftigt sein.

**Hannoversche Waggonfabrik A. G. in Niddlingen bei Hannover.** Die am 5. September stattgefundene Generalversammlung dieser Gesellschaft erhöhte das Aktienkapital von 1 200 000 Mk. auf 2 000 000 Mk. Die der Vorstand berichtete, wird trotz der im allgemeinen zurückgegangenen Preise der Jahresumsatz über 4 Millionen Mark betragen und dem vorjährigen gleichkommen. Durch die in allen Betriebsabteilungen durchgeführten verbilligenden neuen Anlagen dürfte das Ergebnis des am 30. September beendigten Rechnungsjahres, nach gut bemessenen Abschreibungen, nicht nur die Ausschüttung der vorjährigen Dividende von 10% gestatten, sondern auch die Verwendung eines Mehrüberschusses zur Kräftigung des Unternehmens durch Rückstellungen usw. ermöglichen.

**Ferdinand Benitz Söhne, A. G. für Holzbearbeitung in Berlin.** Der Geschäftsbericht für 1909/10 führt aus, daß die Besserung im Geschäftsgang angehalten hat. Gegenüber dem sehr schlechten Jahr 1903/09 hat die Bauaktivität, wenn sie auch noch nicht gut war, doch soweit zugenommen, daß alle Betriebe der Gesellschaft gut beschäftigt waren. Die erzielten Preise hätten noch sehr zu wünschen übrig gelassen, doch hofft man bei einer weiteren Besserung des Baumarktes auch auf bessere Preise. Nach Abschreibungen von 74 360 Mk. (i. B. 51 629 Mk.) verbleibt ein Reingewinn von 69 432 Mk., woraus eine Dividende von 3% mit 60 000 Mk. gezahlt wird. Im Vorjahr ergab sich ein Fehlbetrag von 24 798 Mk. In den vergangenen Monaten des neuen Geschäftsjahres hat die eingetretene Besserung sich weiter gesteigert, so daß bei weiteren Fortschritten der Geschäftslage auf ein günstigeres Ergebnis zu hoffen sei.

**Die Nähmaschinenfabrik A. G. vorm. J. Koch & Co. in Bielefeld** hat aus Anlaß ihres 50-jährigen Bestehens ein Kapital von 100 000 Mk. zum Besten ihrer Arbeiter und Angestellten gestiftet.

In der Forstindustrie macht sich eine starke Verteuerung des Arbeitsmaterials geltend. Die Verteuerung dürfte wesentlich ihren Grund in den jetzigen verworrenen Verhältnissen Portugals haben. Bekanntlich ist Portugal für Korkholz der beste Lieferant. Die dortigen Korkarbeiter leben nicht in den angenehmsten Verhältnissen. Wie das in einem Lande mit weniger geordneten politischen Zuständen kaum anders sein kann, liegt das Wirtschaftsleben darnieder. Für die Masse der Korkarbeiter ist ein genügender Absatz nicht vorhanden, was eine Einschränkung der Produktion und damit eine Verringerung des Arbeitsverdienstes bedingt. Anstehen den Grund hierfür in den politischen Verhältnissen des Landes zu suchen, sind die portugiesischen Korkarbeiter der Auffassung, daß es der Mangel an Korkholz sei, der ihnen eine Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse gebracht habe. Um dem angeblichen Mangel an Korkholz abzuwehren, verlangen sie ein Ausfuhrverbot von der Regierung. Um diese Forderung Nachdruck zu verleihen, sind dann die Korkarbeiter in den Ausstand getreten. Während sie anfänglich nur die Ausfuhr von unbearbeitetem Korkholz unterlagert wissen wollten, strebten sie später danach, daß auch das verarbeitete Holz dem Ausfuhrverbot unterliege. Die neue republikanische Regierung hat den Wünschen der Streikenden Rechnung getragen und ein Ausfuhrverbot für die Provinz Algarve erlassen. Ungleich soll dieses Verbot nach und nach auf ganz Portugal für mehrere Jahre ausgedehnt werden. Solche Maßnahmen sind natürlich nicht geeignet, die Sympathien der Korkholzverarbeitenden Ländern für die Politik der neuen Republik Portugal zu wecken. Erreicht wird vorläufig ja dadurch, daß das Korkholz knapp wird und deshalb die Preise steigen. Auf die Dauer aber wird das kaum so bleiben. Zuguterletzt wird es Portugal nur dahin bringen, daß andere Länder ihm im Korkhollexport zuvorkommen und damit ihm den Weltmarkt zu einem guten Teil verschlossen wird.

**Aus der Zündholzindustrie.** Anfangs November fand, Zeitungsmedungen nach, eine Vollversammlung des Zündholz-Syndikats statt, die sich mit der unbefriedigenden Lage am Zündholzmarkt beschäftigte. Diesem Syndikat gehören zeitweilig etwa 82% der Zündholzfabriken, darunter die größten, an. Während aber die Fabriken des Syndikats durchschnittlich nicht mehr als 30% ihrer Erzeugnisse absetzen konnten, waren die ihm fernstehenden Fabriken in der Lage, eine wesentlich größere Menge vielfach zu verkaufen. Da außerdem das Syndikat mit 4 Millionen Mark Spesen arbeitet und infolgedessen bereits einen Fehlbetrag von 60 000—70 000 Mk. hat ausweisen müssen, seien bereits verschlossene Fabriken aus dem Syndikat ausgetreten, so daß ihm derzeit nur noch 76% der Zündholzfabriken angehören. In der kürzlichlichen Versammlung wurde darauf beschlossen, das Syndikat nur dann aufrecht zu erhalten, wenn binnen 14 Tagen auf Grund einleitender Verhandlungen so viel neue Werke beitreten würden, daß dieses ab dann 90—95% der Reichsproduktion in sich vereinigt. Falls das Syndikat bestehen bleibt, sei beabsichtigt, die Herstellung für einige Zeit einzuschränken, bzw. ganz einzustellen und nur vom Lager zu verkaufen, da eine Ausdehnung darauf, daß sich der Verbrauch allmählich von selbst der Herstellung anpassen werde, noch nicht bestehe.

Die deutsche Zündholzherstellung beschäftigte, nach der Gewerbezählung vom Jahre 1907 annähernd 6000 Personen; es gab insgesamt 106 Betriebe, in den 2645 männliche und 3049 weibliche Personen, zusammen also 5694 tätig waren. Auf einen Betrieb kamen im Durchschnitt 55 Personen.

Bemerkenswert ist, daß trotz der starken Verbreitung schwerlicher Zündhölzer in Deutschland die Ausfuhr von Zündhölzern sogar noch beträchtlich über die Einfuhr hinausgeht; nur das vergangene Jahr machte eine Ausnahme. Während der ersten neun Monate stellte sich nämlich die Einfuhr von Zündhölzern im Jahre 1907 auf 5229 Dg., während die Ausfuhr in derselben Zeit 10 162 Dg. betrug. In der gleichen Zeit des Jahres 1908 betrug die Einfuhr 2403 Dg., die Ausfuhr 8382 Dg. Im Jahre 1909 war der Außenhandel naturgemäß durch die Steuer stark beeinflusst; die Einfuhr erreichte in den ersten neun Monaten den noch nie dagewesenen Umfang von 66 293 Dg., die Ausfuhr betrug nur 5017 Dg. Dabei kamen aus Belgien 14 954, aus Desterreich-Ungarn 19 236, aus Schweden 16 431 Dg. Das laufende Jahr hat nun den Rückschlag gebracht; die Einfuhr betrug in den ersten neun Monaten nicht mehr als 445 Dg., während die Ausfuhr sich auf 20 511 Dg. stellte. Die diesjährige Ausfuhr übertrifft die aller Vorjahre bedeutend; gingen doch allem 14 076 Dg. nach Desterreich-Ungarn. Der Wert der Zündholzeinfuhr belief sich in den ersten neun Monaten des Jahres 1908 auf 120 000 Mk., des Jahres 1909 auf 1,30 Millionen und dieses Jahr auf 36 000 Mk. Der Wert der Ausfuhr betrug im Jahre 1908 402 000 Mk., ging im Jahre 1909 auf 241 000 Mk. zurück, um im laufenden Jahre auf 985 000 Mk. zu steigen.

### Adressenveränderungen.

**Garmisch-Partenkirchen.** V. R. Hans Bösch, Garmisch, Zugspitzstraße 75.  
**Heidelberg.** V. R. Bösch, Kirchheim, Bahnhofstraße 24. R. Alf. Berninger, Römerstraße 50.  
**Minden i. W.** V. R. Fritz Lepper, Guffschmiede 11.

**Tischler-Fachschule Detmold**  
gegründet 1893. Städt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grobe- u. Zeichen-Säle. :: Werkstätten :: Programme frei ::  
**Direktor Brecht.**

**Tischler-Fachschule Jümmenau.**  
verbunden mit hiesiger Lehranstalt. Ausbildung zum Tischler, Klempner, Zeichner, Betriebsleiter.  
Sämtliche lehrmäßigen Fächer nach Bohl.  
Erste, einzige Anstalt dieser Art.  
Prospekt frei durch: Die Direktion.

**Süddeutsche Schreiner-Fachschule**  
München.  
Erstklassige Lehranstalt.  
Kirchenweg 14. Dir. C. Naumann

**B. Kolscher's Fachschule Detmold**  
für Tischler u. für gewerbliche Zeichner.  
Ersterstraße, Ecke Grabenstraße.  
In 3 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit.  
Auskunft durch die Direktion.  
**B. Kolscher**

**Gelegte Sommerer**  
für Tischler, Schreiner, Maler.  
Hauptstadt gegen 20 Tg. in Reichertshausen.  
Bismarckstraße 7.  
Kaufmann, Karpenter, Jochberg, Hauptstraße 7.

**Tischler-Fachschule Blankenburg am H.**  
gehörig verbunden mit hiesiger Lehranstalt, Betriebsleiter und Zeichner. Programm frei.  
Direktor Reisinger.  
Zum Selbstunterricht empfiehlt: Die „Einführung für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden Mk. 5. Zu beziehen von Direktor Reisinger, Blankenburg am H.

**Mitteldeutsche Tischler-Fachschule**  
Erfurt in Thüringen.  
Erste hies. Lehranstalt der Branche u. Reputationskammer (Klempnerprüfung) und Selbststudien.  
Programme frei durch die Direktion.

**Tischlergehilfen**  
erhalten dauernde Stellung auf bessere Möbel.  
**Wilhelm Stork,**  
Mechanische Möbelschreinerei  
Labbagen i. Westfalen.